

Ideen für Bank-Strasse gesucht

Weinfelden Die Weinfelder Stimmberechtigten hatten den Stadtrat 2022 beauftragt, bis 2027 einen Vorschlag für die Zukunft des Bankstrassen-Areals auszuarbeiten. Nun sucht die Stadt, wie sie bereits angekündigt hatte, stattdessen eine Zwischennutzung für das ehemalige Feuerwehrdepot an der Bankstrasse 6a.

Dazu sagte Stadtpräsident Simon Wolfer im Dezember: «Die Finanzlage hat sich in den letzten Jahren verschärft, zudem stehen in Weinfelden auch «andere Brocken» an.» Die Causa Bankstrasse geniesse somit nicht allerbeste Priorität, wenngleich man den Auftrag des Volkes ernst nehme.

Ab Anfang 2027 sollen die rund 270 Quadratmeter grossen Räumlichkeiten bis Mitte 2029 also temporär genutzt werden. Gesucht werden Projekte, Initiativen oder Organisationen, die einen Mehrwert für die Bevölkerung schaffen. Das schreibt die Stadt in einer Medienmitteilung.

Die Stadt richtet sich mit der Ausschreibung an Projekte aus den Bereichen Kultur, Kreativität, Gemeinwesen, Bildung und Soziales. Denkbar seien etwa Kultur- und Kreativangebote, Ateliers, Bildungs- oder Workshopangebote, Start-ups oder Pilotprojekte. Auch kommerzielle Nutzungen sind möglich, sofern sie den Zielen der Stadt entsprechen und öffentlich zugänglich oder gemeinwohlorientiert sind.

Interessierte müssen unter anderem eine Kurzbeschreibung ihres Projekts, Angaben zu den Zielen und zum erwarteten Nutzen, zur geplanten Nutzung der Räume, zur Organisation sowie einen Finanzierungsplan oder ein Budget einreichen. Die Stadt will die Eingaben insbesondere nach ihrem Mehrwert für die Bevölkerung, dem Innovationsgrad, der Machbarkeit sowie der finanziellen und organisatorischen Umsetzbarkeit beurteilen.

Das ehemalige Feuerwehrdepot, das nun offiziell zur Zwischennutzung ausgeschrieben ist, besteht aus zwei unterschiedlich grossen Einstellhallen für Feuerwehrfahrzeuge. Die Räume verfügen über Strom und sind bedingt beheizbar, Toiletten sind keine vorhanden.

Die Stadt bezeichnet den Zustand der Hallen als einfach. Die Zwischennutzung ist vom 1. Januar 2027 bis zum 30. Juni 2029 vorgesehen. Mittelfristig sollen die Liegenschaften an der Bankstrasse einer neuen Nutzung zugeführt werden. Für das Gebäude an der Bankstrasse 8 liegt bereits eine Abbruchbewilligung vor. Das ehemalige Jugendtreff-Gebäude entstand 1888 als Wohnhaus mit Schlosserei-Werkstatt. Später kam eine Wirtschaft hinzu, das «Haus zum Frieden». Die Räumlichkeiten an der Bankstrasse 6 sind privat vermietet.

Die Bewerbungen sind bis zum 11. September 2026 elektronisch bei der Stadtkanzlei einzureichen. Über die Vergabe will die Stadt voraussichtlich am 30. September 2026 entscheiden. (cam/red)

«Feldhof» kommt vors Volk

Das Komitee hat am Donnerstag in Weinfelden weit mehr als die erforderlichen 400 Unterschriften eingereicht.

Carina Majer

20 Tage sind vergangen, die Frist ist damit abgelaufen. Die Rede ist von der Referendums- und Einsprachefrist gegen den Gestaltungsplan Nr. 101 «Feldhof West» in Weinfelden. Das Referendumskomitee um Otto Brunner und Martin Soom wartet am Donnerstagvormittag mit 1371 beglaubigten Unterschriften vor dem Haffterhaus in Weinfelden auf. Die Frist läuft noch bis 18 Uhr. «Die Tendenz zeigt, dass es am Abend etwa 1600 Unterschriften sein werden», sagt Brunner. Das Referendum dürfte damit zustande kommen – erforderlich sind mindestens 400 gültige Unterschriften.

Hintergrund ist die geplante Erschliessung der ersten Baustappe des neuen Feldhof-Areals. Auf dem rund 70'000 Quadratmeter grossen Gelände sollen in einem ersten Schritt rund 90 Wohnungen entstehen. So weit, so gut – das befinden auch die Bewohnerinnen und Bewohner des benachbarten Blumenquartiers. Nicht einverstanden sind sie hingegen damit, dass die Wohnungen der ersten Etappe über ihre Quartierstrassen erschlossen werden sollen. Darüber soll in einem nächsten Schritt nun die Bevölkerung Weinfeldens befinden.

Abstimmung könnte erst 2027 kommen

Vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der Flora- und Nelkenstrasse befürchten mehr Verkehr. Mit dem Projekt steigt die Zahl der über die östliche Florastrasse erschlossenen Wohneinheiten von 9 auf 77, über die westliche Florastrasse von 34 auf 110 und über die Nelkenstrasse von 18 auf 39. Otto Brunner, der an der Florastrasse wohnt, fürchtet um die Verkehrssicherheit. «Familien wohnen hier, ältere Menschen sind zu Fuss unterwegs und Kin-



Stadtschreiber Reto Marty (Mitte) nimmt eine der Unterschriftenboxen von Martin Soom entgegen. Links steht Otto Brunner, im Hintergrund Anwohnerinnen und Anwohner des Blumenquartiers.

Bild: Carina Majer

der spielen vor den Häusern», sagte er bereits im Juni gegenüber dieser Zeitung.

Eine Handvoll dieser vom potenziellen Mehrverkehr betroffenen Personen versammeln sich an jenem Donnerstagvormittag vor der Stadtverwaltung Weinfelden, um Stadtschreiber Reto Marty die Unterschriften zu überreichen. «Ab jetzt gibt es in sechs Monaten das Referendum», sagt Martin Soom vom Referendumskomitee. Stadtschreiber Reto Marty relativiert jedoch. Anders als bei einem gewöhnlichen fakultativen Referendum müsse die Stadt nach Gesetz zuerst die

Einsprachen erledigen. Zudem sei zu klären, ob das Stadtparlament die Vorlage vorberaten muss, bevor die Volksabstimmung erfolgen kann. Entsprechend könne der Prozess länger als die üblichen sechs Monate dauern.

Dass Einsprachen gegen den Gestaltungsplan eingegangen sind, bestätigt Stadtschreiber Marty. Wie viele es sind, müsse nach Ablauf der Einsprachefrist am Donnerstagabend noch ausgewertet werden. Auch der weitere Ablauf ist noch nicht bekannt. Darüber entscheide der Stadtrat nach den Sommerferien. Denkbar sei, dass die

Volksabstimmung im Jahr 2027 stattfinden werde.

Mit Rückenwind in den Abstimmungskampf

Die Gegner des Gestaltungsplans haben sich zur «IG Feldhof mit Vernunft» zusammengeschlossen. Sie kritisieren das Vorgehen der Stadt. Diese habe nach der Mitwirkung eine Verkehrsstudie in Auftrag gegeben. Die Studie kommt zwar zum Schluss, dass die bestehenden Quartierstrassen für die Erschliessung geeignet sind, sie gehe jedoch nicht auf die Bedenken der Anwohnenden ein. Aus Sicht der IG müsste die Ver-

kehrssituation für das gesamte Feldhof-Areal zuerst geklärt und erst danach gebaut werden. «Das betrifft auch zukünftige Bauprojekte», sagt Brunner. «Darum haben wir über unser Quartier hinaus Unterstützung erfahren.»

Wie sich das Komitee auf einen möglichen Abstimmungskampf vorbereiten will, sei noch offen, sagt Brunner. «Wir schliessen jetzt erst die Unterschriftensammlung ab.» Dass innert weniger Wochen so viele Unterschriften zusammengekommen seien, werte die IG als Rückenwind für die Arbeit, die jetzt noch folgt.

Kreuzlingen: Swisspower liefert seine Rechnung

Ein Postulat thematisiert die fehlenden Zahlen der Swisspower AG. Jetzt ist der Geschäftsbericht publiziert worden.

Stefan Borkert

Ein Millionenabschreiber in der Rechnung von Energie Kreuzlingen hat im Gemeinderat für eine kurze Aufregung gesorgt. Aufrecht-Gemeinderat Georg Schulthess, inzwischen parteilos, hat am 4. Mai ein Postulat eingereicht. Er verlangt darin, dass der Stadtrat den Ratsmitgliedern Einsicht in die Jahresrechnung 2025 der Swisspower AG ermöglicht. Hintergrund ist eine Abschreibung von 2,15 Millionen Franken wegen der Beteiligung an Swisspower. Bei 143 Millionen Franken Bilanzsumme sei dies ein wesentlicher Betrag, schreibt Schulthess.

Energie Kreuzlingen hält laut Postulat rund 1,97 Prozent an der Swisspower AG. Deren kumulierte Verluste hätten

99 Millionen Franken betragen. Swisspower stehe im Eigentum städtischer Werke. Deshalb müsse gegenüber den Steuerzahlenden Rechenschaft abgelegt werden.

Ein Recht auf Akteneinsicht

Aber der Gemeinderat erhalte die Unterlagen bislang nicht, so seine Kritik. Begründet werde dies mit internen Geschäftsgeheimnissen. Rechtsausen Schulthess hält das für ungenügend, denn Energie Kreuzlingen gehöre zu 100 Prozent der Stadt Kreuzlingen, und der Gemeinderat habe die Aufgabe, die Rechnung zu prüfen. Dazu müsse er jene Akten einsehen können, die mit traktandierten Geschäften, in diesem Fall Energie Kreuzlingen, zusam-

menhängen. Im Postulat verweist Schulthess auf das Geschäftsreglement und das Recht auf Akteneinsicht.

Konkret fordert Schulthess, dass die Jahresrechnung der Swisspower AG jenen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wird, die sie einsehen wollen. Dies soll auch für künftige Rechnungen gelten, sofern die Beteiligung für die Beurteilung von Energie Kreuzlingen relevant ist.

Publikation erst nach der Generalversammlung

Sollte der Stadtrat die Unterlagen nicht herausgeben, solle die gemeinderätliche Revisionsgruppe prüfen, ob Wertberichtigung und Abschreibung juristisch und kaufmännisch korrekt sind. Falls auch dies nicht ge-

schieht, soll die Geschäftsprüfungskommission den Fall behandeln.

Tatsächlich hatte sich die Swisspower AG zunächst nicht in die Karten schauen lassen wollen. Doch Stadtrat Thomas Beringer, Chef des Departements Dienste, hatte an der Gemeinderatssitzung vom Donnerstag gute Nachrichten zu verkünden. Er habe den Geschäftsbericht der Swisspower AG erhalten und werde diesen den Mitgliedern des Gemeinderates sofort nach Erhalt zustellen, erklärte er vor dem Rat. Das ist inzwischen geschehen.

Geschäftsbericht anfordern ist nicht ungewöhnlich

Beringer betont, dass Swisspower mit der Vorlage der Rech-

nung der geforderten Transparenz nun Rechnung getragen habe. Es sei auch nicht ungewöhnlich, dass der Geschäftsbericht mit Rechnung von Aktionären extra angefordert werden muss, wenn er vor der Generalversammlung eingesehen werden will.

«Normalerweise ist der Jahresbericht nach der Generalversammlung über die Website öffentlich einsehbar», ergänzt er. Auch das ist inzwischen geschehen.

Riccardo Bussmann, Sprecher von Swisspower erklärt, dass die Generalversammlung der Swisspower AG den Jahresbericht an ihrer Generalversammlung vom 25. Juni verabschiedet habe. Er sei auf der Website von Swisspower online aufrufbar.